

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 95 (2004)
Heft: 18

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

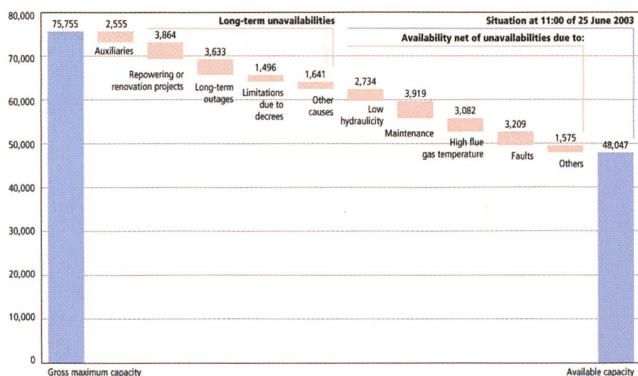
Wenig Risiko für neuen Blackout?

(v) In Italien bestehen grosse Befürchtungen für erneute Stromausfälle im Falle ausserordentlicher Klimaschwankungen. In der Schweiz schätzt man ein solches Risiko als begrenzt ein. Zudem seien die Kommunikationsverbindungen mit Italien verbessert worden.

Thomas von Weissenfluh, Verwaltungsratspräsident der schweizerischen ETRANS, zeigt sich überzeugt, dass eine Panne wie jene vom Herbst 2003 «nicht mehr möglich» sei. Edison, der zweitgrösste Stromversorger Italiens, rechnet jedoch dieses Jahr mit neuen Stromunterbrüchen. ETRANS ist die unabhängige Koordinationsstelle für das Schweizerische Höchstspannungsnetz und ein Dienstleistungsunternehmen für Aufgaben des europäischen (UCTE)-Netzbetriebes.

Seit dem Blackout vom 28. September 2003 seien die gesamten Einrichtungen und Vorgehensweisen gründlich überprüft worden, sagte von Weissenfluh auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda.

ETTRANS und der italienische Netzbetreiber GRTN verstärkten namentlich ihr System zum Informationsaustausch. So wurde eine direkte Telefonverbindung zwischen den zwei Ländern eingerichtet. Auch das Personal zur Überwachung wurde aufgestockt.



Obwohl in Italien die maximale Leistungskapazität in den letzten 30 Jahren von 20 000 auf rund 80 000 MW anstieg, liegt in der Praxis die Verfügbarkeit wesentlich tiefer (Beispiel: Situation am 25. Juni 2003/Bild GRTN).

53 500 MW: Neue Rekordbelastung in Italien

(gr/m) Mit 53 500 MW wurde am 23. Juli in Italien ein neuer historischer Höchststand bei der Belastung im Elektrizitätsverbrauch aufgezeichnet. Der Wert übersteigt die bisherige Höchstmarke von 53 400 MW am 10. Dezember 2003. Hauptursache des rasant gestiegenen Verbrauchs war eine Hitzewelle, die den massiven Gebrauch von Klimaanlage und Kühlsystemen veranlasst hat.

Der Netzbetreiber Gestore Rete Trasmissione Nazionale GRTN bestätigte seine Voraussage, wonach die Spitzennachfrage vermehrt im Sommer auftreten würde, statt wie bisher im Winter. Die Blackouts im letzten Jahr haben die Italiener vorübergehend aus gewohnten Verbrauchsmustern herausgerissen. Schon sind aber die Stromausfälle wieder in den Hintergrund getreten, es besteht keine akute Notwendigkeit mehr, Veränderungen einzuleiten. Italien wird sich wohl auf einen weiteren «heissen» Sommer oder Herbst gefasst machen müssen.

Deutsche Industrie setzt weiter auf Kernenergie

(a) Die deutsche Industrie will trotz des Energiekonsenses



Die Option Kernenergie sei offen zu halten: Kernkraftwerk Gundremmingen Block B und C (1344 MW) mit Siedewasserreaktoren (Bild Areva).

mit der deutschen Bundesregierung die Option für die Kernenergie offen halten. so Industriepräsident Michael Rogowski.

Zur Begründung gab er an, die Bundesregierung habe entgegen ihrer eigenen Zusage noch immer kein tragfähiges und langfristiges Energiekonzept vorgelegt. Dies sei aber eine Voraussetzung dafür gewesen, dass die Wirtschaft dem Energiekonsens zugestimmt habe.

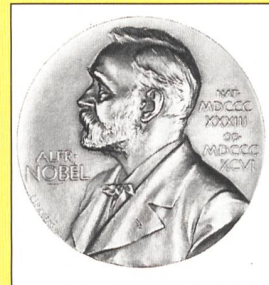
Solange nicht klar sei, ob und wie der Energiebedarf langfristig zu wettbewerbsfähigen Preisen gedeckt werden könne, spreche nichts dagegen, die Option Kernenergie offen zu halten, sagte der Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie. Alleine mit Windmühlen, Biomasse und Solarenergie lasse sich das nicht erreichen, betonte Rogowski.

Neuregelung des deutschen Energiewirtschaftsgesetzes

(bmwi/vd) Die deutsche Regierung hat am 28. Juni den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) beschlossen. Die Strom- und Gasversorgung in Deutschland erhält damit einen neuen Rechtsrahmen; er trägt den neuen EU-Binnenmarktvorgaben Rechnung.

Die rund 1700 Strom- und Gasnetzbetreiber unterliegen

Die Website



Nobel

Auf dem Internet gibt es unzählige interessante Homepages, von denen wir von Zeit zu Zeit einige vorstellen möchten. Hier zum Beispiel www.nobel.se.

Darauf sind auch viele Ansprachen der Nobelpreis-träger im Originaltext zu lesen. So Alex Müller beim Nobel-Bankett 1987:

«Your Majesties, Your Royal Highnesses, Ladies and Gentlemen. Despite the announcement in my mother language, you just heard, I choose to speak in English, with a heavy Swiss accent.» Gerd Binnig und Heinrich Rohrer (1986): «We present here the historic development of Scanning Tunneling Microscopy (STM); the physical and technical aspects have already been covered in a few recent reviews and two conference proceedings and many others are expected to follow in the near future.» Enrico Fermi (Nobel Lecture, 1938): «Artificial radioactivity produced by neutron bombardment. Although the problem of transmuting chemical elements into each other is much older than a satisfactory definition of the very concept of chemical element, it is well known that the first and most important step towards its solution was made only nineteen years ago by the late Lord Rutherford.»

künftig einer staatlichen Aufsicht. Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) wird diese Aufgaben unter der neuen Bezeichnung «Bundesregulierungsbehörde für Elektrizität, Gas, Telekommunikation und Post» zusätzlich übernehmen. Die Verbraucher und ihre Verbände werden in ihren Rechten gestärkt und können künftig eine aktivere Rolle einnehmen. Hierzu Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Wolfgang Clement: «Die Regelungen des neuen Gesetzes werden sicherstellen, dass alle Kunden einen diskriminierungsfreien und effizienten Zugang zu den Netzen erhalten. Das wird dem Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt neue Impulse geben.»

Die für ein funktionsfähiges Regulierungssystem darüber hinaus erforderlichen Netzzugangs- und Entgeltverordnungen stehen vor dem Abschluss; sie sollen zeitgleich mit dem Gesetz in Kraft treten. Mit Inkrafttreten des neuen Systems – Ziel ist Anfang 2005 – sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Regulierungsbehörde eine wirksame ex-post-Missbrauchsaufsicht über die Netzbetreiber ausüben kann.

«Der Entwurf für das neue Grundgesetz der Energiemärkte enthält einige richtige Weichenstellungen, aber immer noch eine Fülle von vagen, teilweise widersprüchlichen Vorgaben.» Das erklärte der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin. Rechtssichere, sachgerechte Vorgaben seien für alle Marktteilnehmer notwendig, um Streitigkeiten mit Behörden und vor Gerichten zu vermeiden. Das gelte für die 900 Stromanbieter in Deutschland ebenso wie für die Stromkunden.

Der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) befürchtet der EnWG-Entwurf sei ein «bürokratisches Monster» und berge eine Unzahl von Mitteilungs-, Berichts- und Nachweispflichten gegenüber der Regulierungsbehörde.

Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft

(bmu) Am 1. August 2004 trat das fortentwickelte deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft. Ziel des Gesetzes ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromversorgung auf mindestens 12,5% bis 2010 und auf mindestens 20% bis 2020 zu steigern. Damit dies gelingt, werden die Rahmenbedingungen für die Einspeisung, Übertragung und Verteilung von Strom aus erneuerbaren Energien deutlich verbessert.

«Ökostromgesetz» kostet jährlich 1,9 Milliarden Euro

(vdew) Rund 29 (2002: 25) Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Ökostrom verkauften Stromerzeuger im Rahmen des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Die damit verbundenen Mehrkosten für die Verbraucher stiegen im gleichen Zeitraum um 19% auf 1,9 Mrd. Euro.

Der Marktwert des eingespeisten Stroms betrug 2003 rund drei Cent je kWh, schätzt VDEW. Die Einspeiser erhielten nach den gesetzlichen Vorschriften mit durchschnittlich 9,13 Cent je kWh eine dreimal höhere Vergütung.

CO₂-freie Kohlekraftwerke gefordert

(gs) der deutsche Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement fordert bis 2020 kohlendioxidfreie Kohlekraftwerke. Forschungen würden belegen, dass dies zwar sehr teuer, aber technisch realisierbar sei.

Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, will Kohlekraftwerke ohne CO₂.



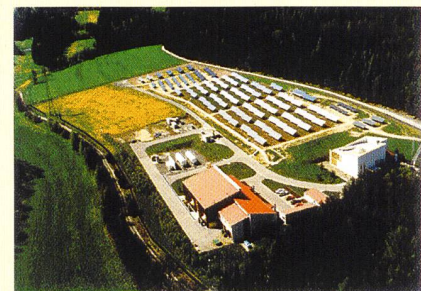
Problematischer Photovoltaik-Boom

(vbew) Seit Jahresbeginn ist in Bayern, ausgelöst durch das Photovoltaik-Vorschaltgesetz, ein regelrechter Photovoltaik (PV)-Boom zu verzeichnen, meldet der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW). Werden allein die im ersten Quartal 2004 eingegangenen Anfragen zum Bau von PV-Anlagen realisiert, steigt die gesamte installierte Leistung in Bayern um rund 150%. Diese Entwicklung zieht nicht nur Förderungen in Millionenhöhe nach sich.

Im Jahr 2003 wurden die in Bayern stehenden PV-Anlagen von den Stromverbrauchern mit rund 50 Millionen Euro subventioniert. Trotzdem liegt der Anteil der Photovoltaik am Stromverbrauch bei weit unter einem Prozent. Dies liegt unter anderem an der relativ niedrigen Ausnutzungsdauer der Anlagen. Sie lag für die Photovoltaik im Jahr 2003 im Durchschnitt bei knapp 850 Stunden, die Windkraft lag bei rund 1600, Biomasse bei mehr als 3000 und Wasserkraft bei 5000 Stunden.

Auch bei der CO₂-Vermeidung ist die PV wenig effizient. Würde das Geld, das in die Förderung der PV-Anlagen fließt, der Wärmedämmung zugute kommen, könnte um den Faktor 10 mehr CO₂ eingespart werden.

Für den Anschluss der zahlreichen PV-Anlagen müssen die Netzbetreiber Millionen investieren, um den Strom in den wenigen Stunden mit Erzeugungsspitzen aufnehmen zu können.



Solar-Wasserstoff-Anlage in Neunburg vorm Wald (Bayern).

Durch Investitionen der Strom- und Braunkohlenindustrie in Höhe von 10 Milliarden Euro sei der CO₂-Ausstoß bundesweit seit 1990 um 46% gesunken, was einem Rückgang von über 150 Millionen Tonnen entspreche. Für die Zeit von 2010 bis 2020 wird in Deutschland im Kraftwerksbereich ein Ersatzbedarf von mehr als 40 000 MW erwartet, davon rund 20 000 MW durch den Kernenergieausstieg.

Netznutzungs-entgelte 2004 im Steigen

(e) Nach der Ankündigung von Vattenfall Europe, die Preise im Höchstspannungsnetz spürbar zu erhöhen, kommt Bewegung in die Diskussion um die Netznutzungsentgelte. Ein Sprecher der EnBW Energie Baden-Württemberg AG schloss ebenfalls

eine Erhöhung der Netznutzungsentgelte nicht aus. Grund seien Belastungen durch die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Über Zeitpunkt und Umfang einer Erhöhung sei aber noch keine Entscheidung gefallen, hiess es. Bei RWE Energy werden momentan die «für eine Kalkulation notwendigen Daten» geprüft, sagte ein Sprecher zu Dow Jones energy daily. E.ON Energie kündigte dagegen an, die Durchleitungsgebühren zum 1. Januar 2005 konstant halten zu wollen.

Preise für Netznutzung 2003 stabil

Der Transport einer Kilowattstunde Strom kostete Anfang 2004 in Deutschland im Bundesdurchschnitt in der Niederspannung gut 5,4 Cent. Das war mehr als ein Prozent weniger als Mitte 2002. Zum Vergleich: Das allgemeine Preisni-



5,4 Euro-Cent für eine transportierte Kilowattstunde.

veau stieg in Deutschland im gleichen Zeitraum um rund zwei Prozent.

Unterschiedliche Entwicklungen in den vorgelagerten Spannungsebenen: In der Mittelspannung seien die Preise für die Netznutzung seit 2002 um zwei Prozent gesenkt worden. In der Hoch- und Höchstspannung stiegen die Entgelte leicht wegen des höheren Regelungsaufwands aufgrund schwankender Einspeisungen von Windstrom.

Drei US-Konsortien mit Neubauplänen für Kernkraftwerke

(sva) Bis jetzt haben drei Konsortien die Herausforderung des amerikanischen Energieministeriums DOE angenommen, Unterlagen auszuarbeiten, um die Bewilligung für den Bau eines neuen Kernkraftwerks in den USA zu erlangen. Am ersten Konsortium sind fünf Unternehmen beteiligt, und es will in zehn Monaten ein Vorprojekt zum Bau von zwei fortgeschrittenen Siedwasser-einheiten am Standort Bellefonte ausarbeiten. Die Machbarkeit von Bau und Betrieb einer fortgeschrittenen Candu-Einheit am Modellstandort North Anna soll ein zweites Konsortium, dem sich drei Firmen angeschlossen haben, inert sechs Jahren aufzeigen. Das dritte Konsortium, das neun Unternehmen einschließt, hat es sich zum Ziel gesetzt, in sieben Jahren für ein oder zwei Reaktorsysteme eine kombinierte Bau- und Betriebsbewilligung zu erhalten. Die Ausschreibung läuft noch bis Ende 2004, doch kann das DOE Beiträge bereits jetzt sprechen. Die nukleare Aufsichtsbehörde

NRC prüft sodann die ausgearbeiteten Projektunterlagen, um eine kombinierte Bau- und Betriebsbewilligung zu erteilen, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind.

China beschleunigt Bau von Kernkraftwerken

(e) Vor dem Hintergrund der schwersten Energiekrise seit den 80er-Jahren beschleunigt China den Bau von Kernkraftwerken. Das Kabinett hat für den Weiterbau der Anlage Lin'ao in der südlichen Provinz Guangdong und den Baubeginn des Kraftwerks Sanmen in der östlichen Zhejiang-Provinz grünes Licht gegeben. China will dabei eigene Technologie einsetzen. Beide Provinzen leiden besonders stark unter der akuten Stromknappheit.

EDF wird Aktiengesellschaft

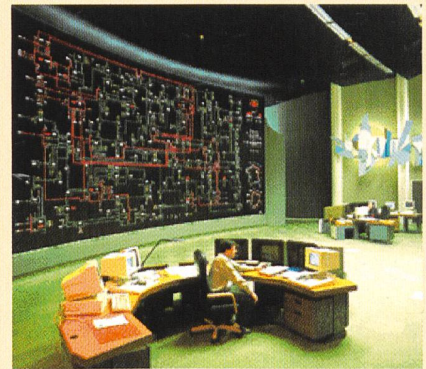
(d) Das französische Parlament hat am 22. Juli die umstrittene Umwandlung Electricité de France in eine Aktiengesellschaft besiegelt. Damit ist der Weg frei für die Teilprivatisierung der EDF und ihrer Schwesterfirma, dem Gaskonzern GDF.

Treibhausgasemissionen in der EU gehen zurück

In der EU (15 Mitgliedstaaten) geht die Entwicklung bei den Treibhausgasemissionen nun in die richtige Richtung. Aus den am 15. Juli von der Europäischen Kommission und der Europäischen Umweltagentur veröffentlichten Daten geht hervor, dass nach dem Anstieg in früheren Jahren die Emissionen bei den sechs im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgasen 2002 um 0,5% zurückgegangen sind. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Umstellung von Kohle auf Erdgas zurückzuführen, ferner auf reduzierte Emissionen der verarbeitenden Industrie und der

«Dritter Weg» für die Elektrizitätswirtschaft?

Anlässlich der Konferenz «Crises and Solutions in the World Power Industry» Ende Juni in Rio de Janeiro präsentierte EDF ein Papier über einen möglichen dritten Weg für die globale Elektrizitätswirtschaft. Ausgehend von einem historischen Abriss analysiert das Papier die Strukturen des Elektrizitätssektors, und zwar jene, die auf staatlichen Monopolen aufbauen, sowie jene des freien Wettbewerbs, aber auch diverse Übergangsmodelle und kommt zu dem Schluss, dass es kein überlegenes Modell gibt, das überall und jederzeit anwendbar sei. In Anbetracht von Erfolgs- bzw. Misserfolgsbeispielen wird ein «dritter Weg» vorgeschlagen: Die Vorteile des Wettbewerbs sollen mit Massnahmen gekoppelt werden, die für jene Bereiche getätigt werden sollen, die durch den Markt alleine nicht gelöst werden können. Schlüsselpunkte seien dabei Versorger der letzten Instanz, langfristige Verträge, Gewinne aus dem Bereich der Verteilung und Übertragung.



Dispatching bei EDF.

Haushalte. Mit dieser Emissionsverringeringung nähert sich die EU ein wenig mehr ihrem Ziel eines Rückgangs um 8% in den nächsten acht Jahren. Seit 2002 wurden weitere Massnahmen ergriffen (s. System für den Emissionshandel), wodurch sich der Emissionsrückgang in den nächsten Jahren beschleunigen wird.

Margot Wallström, das für Umwelt zuständige Mitglied der Europäischen Kommission,

begrüsste den Emissionsrückgang: «Bei den Mitgliedstaaten, die früh eine entschiedene Klimapolitik verfolgten, geht die Entwicklung nun wieder in die richtige Richtung. Dies gilt allerdings nur für einige wenige Staaten. In den meisten sind zur Bekämpfung des Klimawandels dringend zusätzliche Massnahmen vonnöten – und die bisherigen Massnahmen müssen weiter umgesetzt werden.»



Margot Wallström: «dringend zusätzliche Massnahmen vonnöten.»